

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1933**

18.1.1933 (No. 18)

# Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung  
mit  
Industrie- und Handelszeitung  
Begr. 1756 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Begr. 1756

Chefredakteur und verantwortlich für den politischen und wirtschaftspolitischen Teil: Dr. G. A. Richter; für Baden, Volkes- und Sport: Fred Beer; für Neuesten, Entamie- und Musik: Karl Jöbe; für Anzeigen: Dr. E. W. Straßer; sämtliche in Karlsruhe: Karl-Friedrich-Str. 6. Sprechstunde der Redaktion von 11-12 Uhr. Berliner Redaktion: Tel. B. 4. Maximal 1000. Für unentgeltliche Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Druck & Verlag: Concordia-Druck-Verlagsgesellschaft m. b. H., Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 6. Geschäftsstellen: Kaiserstraße 38 und Karl-Friedrich-Str. 6. Fernnr. 18, 19, 20, 21. Postfach: Karlsruhe 347.

Bezugspreis: monatl. frei Haus durch Träger 2,10 M., durch die Post 2,10 M. (einschl. 36 J. Postbefreiungsgeld). In unregelmäßigen Abständen oder Abrechnungen abgeholt 1,80 M. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt hat der Besteller keine Ansprüche. Abbestellungen werden nur bis zum 25. eines Monats angenommen. Einzelverkaufspreis: Werktag 10 J., Sonn- und Feiertag 15 J., Anzeigenpreis: die achteckigste Normzeile 33 J., Kleinzeile 1,25 M. an erster Stelle 1,50 M., Gebührensatz und Familienanzeigen ermäßigter Preis. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhalten der Zeitung abgeholt außer Kraft tritt. Gerichtsstand und Erfüllungsort: Karlsruhe in Baden.

## Aussprache Hitlers mit Eugenberg.

### In vollen Kränzen.

Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Reichsminister der Justiz, Dr. Gürtner, zum Vortrag über die auf dem Gebiete des Vollstreckungsrechtes geplanten Maßnahmen. Die Besprechung über den Vollstreckungsreform wird am Mittwoch abend im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler ein dringendes Telegramm geschickt, wonach die Spitzenvertreter des deutschen Handwerks mit größter Sorge Kenntnis genommen haben von Forderungen über die Abkündigung des Reichskabinetts, den Vollstreckungsreform für die Handwerksämter sachlich und räumlich noch weiter auszuweiten als bisher. In dem Telegramm wird darauf hingewiesen, daß das Handwerk im Osten durch den bisher geltenden Vollstreckungsreform bereits auf das allerhöchste gefährdet und erschüttert sei.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags hat Reichsarbeitsminister Dr. Brüning einen Ueberblick über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Im Haushaltsausschuss des Reichstags wurde am Dienstag einhimmlich ein Kursumtrag zu den Fragen der Abkündigung angenommen. Der Kursumtrag enthält die Reichsregierung um die Berücksichtigung der Verluste der Privatbankier, wie Handwerker, Händler, Lieferanten usw., bei der Entlastung des Staatshaushalts im Osten und welche Verluste bei Genossenschaften, öffentlich-rechtlichen Sparkassenbanken aller Art, Sparkassen usw. eintreten sind.

Das Reichsversicherungsamt hat jenseits die von ihm bearbeitete Statistik der Sozialversicherung 1931 mit einem Blick auf das Jahr 1932 herausgegeben.

In der zweiten Januarhälfte ist eine weitere normale Entlastung der Reichsbank festzustellen. Auch das Devisenverhältnis hat sich gebessert.

Auf der Genfer Konferenz für die Einführung der 40-Stunden-Woche ist nunmehr ein gemeinsamer Antrag einer Gruppe von Regierungen angenommen, zu denen Deutschland, Frankreich, Belgien und die Tschechoslowakei gehören. Nach diesem Antrag soll die Konferenz erklären, daß die Einführung der Arbeitszeit ein gemeinsames Ziel für die Vervollständigung der Arbeitslosigkeit sei und daher die Durchführung der 40-Stunden-Woche in Angriff genommen werden müsse.

Der Vatikan hat in Sofia gegen die orthodoxe Kirche der bulgarischen Prinzessin Einspruch erhoben und schwerwiegende Folgen dieser Handlung angekündigt.

Zwischen Sowjetunion und Tunesien in Frankreich vermittelte ein herabstürzender Helikopter vier Männer. Drei Personen wurden getötet und zehn schwer verletzt.

In zahlreichen Gegenden der Vereinigten Staaten ist infolge der außerordentlich starken Temperaturschwankungen eine schwere Grippe-Epidemie ausgebrochen. In der Stadt Waterville (Maine) mußten alle Schulen ohne Ausnahme geschlossen werden, weil Tausende von Kindern von der Krankheit befallen wurden.

Mehrere Tote im Innern des Meeres.

### Bombenfunde in Spanien.

In Spanien werden immer noch von der Putscharmee oder größerer Bombenfunde gemacht. Neuerdings wurden in der Stadt Logroño von der Polizei wieder 200 Bomben beschlagnahmt. In einer Kirche in Bilbao wurde eine Bombe zur Explosion gebracht, wodurch der Beschluß zertrümmert wurde. In Murcia verurteilten die Exzessiven ein Kloster in Brand zu setzen. Sie wurden aber von der Polizei daran gehindert. In Ferrol wurden politische Vorkehrungen getroffen, um die Verhinderung von Bombenanschlägen zu gewährleisten. In der Nähe von Zalamera wurde ein Zug von Unbekannten mit Steinen beworfen.

## Geringe Verständigungsmöglichkeit

Nationalsozialisten fordern Uebertragung der alleinigen Verantwortung.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

W. Pl. Berlin, 18. Jan.

Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, ist am Dienstag nachmittag in Berlin eingetroffen. Hitler hatte zunächst am Nachmittag eine Besprechung mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Eugen Berg, über deren Verlauf auf beiden Seiten strenges Stillschweigen bewahrt wird. Während ein Ergebnis dieser Aussprache aber nicht absehbar zu haben. In politischen Kreisen wird bezweifelt, daß es überhaupt noch zu einer Aussprache zwischen dem Reichskanzler von Schleicher und dem Führer der NSDAP kommen wird, da irgendwelche Verständigungsmöglichkeiten zwischen der Nationalsozialistischen Partei und dem Reichskanzler kaum noch gegeben sind. In politischen Kreisen rechnet man bereits sehr stark mit einem Konflikt zwischen dem Reichstag und der Reichsregierung und der sich daraus ergebenden Auflösung des Reichstages, so daß man eigentlich lediglich nur noch den Tag der kommenden Reichstagswahl diskutiert. Trotz der wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen, die ein neuer Wahlkampf im Reich mit sich bringt, sieht man sowohl in der Weimarer als auch bei den maßgebenden Parteien die Reichstagsauflösung und die Neuwahl als den einzigen Ausweg aus dem jetzigen Zustand der innerpolitischen Ungeheuerlichkeit an, wobei man ganz vergißt, daß die Lage nach Neuwahlen vermutlich die gleiche sein wird wie jetzt.

Die Bemühungen des Kanzlers, noch vor dem Zusammentritt des Reichstages eine Umbildung des Kabinetts herbeizuführen, sind zum mindesten auf dem letzten Punkt angelangt, wenn nicht bereits abgeschert. Die Unterredung mit dem Führer des Zentrums, Prälaten Kaas, dürfte dem Kanzler gezeitigt haben, daß das Zentrum nicht bereit ist, die Umbildungspläne des Reichskanzlers zu unterstützen, da sich von den christlichen Gewerkschaften härtester Widerstand gegen eine Zusammenarbeit mit dem deutschnationalen Parteiführer ergeben wird. Aber auch die Bereitwilligkeit Eugen Bergs zum Eintritt in das Kabinett ist keineswegs in dem Maße vorhanden, wie man es von dem Führer der Weimarer Seite erwarten darf. Geheimrat Eugen Berg hat, wie jetzt bekannt wird, die Bedingung gestellt, daß ihm eine mindestens einjährige ungetriggerte Tätigkeit innerhalb der Regierung zugesichert wird und daß die Regierung sich in keinerlei Abhängigkeit vom Reichstag begibt. Diese Zusicherung kann oder will der Reichskanzler dem deutschnationalen Parteiführer aber nicht geben.

Auch die Karte Gregor Strassers sieht nicht mehr, nachdem die Wippen der Wahlen der Richtung Götting-Götting, die den idiosyncratischen Kurs der Nationalsozialisten befürwortet, Recht gegeben haben. Damit fallen die Kabinettsumbildungspläne des Kanzlers aber ins Wasser. Die Forderungen der Nationalsozialisten werden in einem Berliner Artikel des „Völkischen Beobachters“ heute deutlich zum

Ausdruck gebracht. Das Wahlergebnis in Lippe und der Wille der NSDAP, den Kampf mit gesteigerter Schlagkraft weiter zu führen, so schreibt das Blatt, verkleinern die Möglichkeit Schleichers, sich neue Gefolgschaften ohne eine Reichstagsauflösung zu erobern, mit jedem Tage. Auch seine wiederholten Angebote auf Gewinnung Gregor Strassers für das Kabinett mußten an der unzerstörlichen und unerschütterlichen Einheit der NSDAP vorbeigehen. Es kann also schon heute mit Sicherheit gesagt werden, daß die Erweiterung des Kabinetts von Schleicher ein Schlag ins Wasser war. Es fehlt dem Reichskanzler jede Basis zu erfolgreichen Verhandlungen, die deshalb solange scheitern müssen, bis er endlich aufgibt, daß ohne den Nationalsozialismus nicht zu regieren ist, aber nicht dadurch, daß man mit ihm dieses brüchige Kabinett „untermaniert“, sondern dadurch, daß man ihm die alleinige Verantwortung überträgt. Nur dieses Zugeständnis wäre die Grundlage für eine Verständigung ohne Auflösung des Reichstags und ohne Neuwahlen.

Die Haltung des Zentrums, die ja für die Entscheidung nach der einen oder anderen Seite von Bedeutung ist, läßt sich noch nicht klar übersehen. Jedenfalls scheint man beim Zentrum nur geringe Neigung zu Neuwahlen zu haben, weil dadurch die ruhige Wirtschaftsführung gestört und die Lage auf dem Arbeitsmarkt wiederum verschlechtert werde. In dieser Richtung liegt auch eine Auslassung des Blattes der christlichen Gewerkschaften, der „Deutsche“, das unter der Überschrift „Bitte keine Neuwahlen“ u. a. erklärt: „Das Volk würde in einer Reichstagswahl nicht einen Weg zur Rettung, sondern eher eine parteipolitische Verantwörtlichkeit sehen. Die Bekämpfung des Hungers ist notwendiger als ein Kampf um Parteigrundlagen. An dieser Aufgabe muß auch die Regierung ihren guten Willen, ihre Kraft, wenn man will, ihre Kunst erproben. Den geduldet leidenden Millionen darf nicht mehr zugemutet werden, als sie tragen können. Noch ist es Zeit.“ In politischen Kreisen glaubt man, diese Auslassungen dahin bewerten zu sollen, daß zwar von seiten des Zentrums eine Verständigung auf parlamentarischen Boden hartnäckig erstrebt, die Möglichkeiten einer solchen Verständigung aber schon heute als erschöpft anzusehen werden, und daß daher nichts anderes übrig bleibt, als die Alternative: entweder erfüllt der Reichspräsident im Gegensatz zum 13. August und zum November v. J. Hitlers Forderung auf Uebernahme der Regierung oder er scheidet von sich aus der Reichsregierung, die inzwischen unzulässig wäre, die Möglichkeit einer von Parlament und unabhängigen Arbeit auf längere Zeit, wobei der Reichstag, falls er dem nicht zustimmen sollte, aufgelöst und die Neuwahlen bis etwa zum Herbst hinausgeschoben würden. Jedenfalls scheinen alle bisher gepflogenen Verhandlungen über einen festen Regierungskurs auf längere Zeit nur immer in diese Alternative zu münden.

## Beschlüsse des Kabinetts.

Weitere 50 Millionen für den Umbau von Wohnungen.

(Berlin, 18. Jan.)

Das Reichskabinett, das am Dienstag um 16.30 Uhr zusammengetreten war, tagte bis in die späten Abendstunden hinein. Es befahre sich zunächst eingehend mit finanztechnischen Fragen, wobei die Steuererhebungsstechnik für das Haushaltsjahr 1933 eine besondere Rolle spielte. Die Absichten der Regierung gehen dahin, künftig eine einfachere Erhebungsweise anzunehmen. Im Verlaufe der Sitzung wurde auch die weiteren Bürgschaften für Pausenreparaturen, Wohnungsstellungen usw. bewilligt. Einschließlich der steuerlich bereits bewilligten 50 Millionen RM. für ähnliche Zwecke beläuft sich der Gesamtbeitrag für dieses Gebiet nunmehr auf rund 100 Millionen RM. U. a. dürfen künftig auch Zuschüsse für die Teilung von Neubau-

wohnungen, sowie für die Umwandlung von Geschäftsräumen in Wohnräume bewilligt werden.

In der Sitzung nahm alsdann die Siedlungspolitik einen breiteren Raum ein, wobei es sich u. a. darum gehandelt haben dürfte, die Siedlungspolitik dem System des Vollstreckungsrechtes anzupassen. Es darf nach wie vor als der entscheidende Wille des Kanzlers bezeichnet werden, die Siedlung tatkräftig durchzuführen. Die umfangreiche Tagesordnung der Kabinettsitzung am Dienstag dürfte sich ferner noch auf die deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen erstreckt haben. Für Mittwoch ist keine weitere Kabinettsitzung in Aussicht genommen, so daß anzunehmen ist, daß in der Dienstagsitzung alle Punkte erledigt werden konnten.

## Das ewige Reich

Zum Reichsgründungstag.

Reichswehrparaden, Festveranstaltungen der Bünde und Parteien, Erinnerungsfestlichkeiten in den Schulen und viele Reden werden auch in diesem Jahr das deutsche Volk in seiner Gesamtheit daran erinnern, daß am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles das Deutsche Reich neu gegründet wurde und daß dieses Reich Bismarcks trotz aller inneren Gegensätze und Rückschläge noch fest und unerschütterlich steht. Man muß daher schon Bedenken haben, wenn man nicht in den üblichen Ton der Reichsgründungswalze verfallen will. Denn nichts verflacht einem Volke das politische Bewusstsein mehr als Gewöhnung und Gleichgültigkeit, und nichts macht aus einer echten und verpflichtenden Tradition mehr eine Sache der hohlen Konvention, als das Schwelgen in äußerlichen Erinnerungen. Deshalb sei der 18. Januar gefeiert als eine Veranschaulichung gegenüber der deutschen Vergangenheit und als ein Gelübnis gegenüber der deutschen Zukunft.

Es gibt, von dieser Seite aus betrachtet, kein erstes, zweites oder drittes Reich, es gibt kein großdeutsches oder kleindeutsches Reich, sondern es gibt allein das ewige Reich der Deutschen. Von dem Christen Erwin an, der zum erstenmal die deutschen Stämme in einen Staat gebildet zusammenzufassen versuchte, bis zu Bismarck, dem jenes Teilwerk gelang, das uns heute noch erhalten geblieben ist, ist die Geschichte der Deutschen die Geschichte des ewigen Reiches deutscher Nation. Dieses Reich war immer mehr eine Verwirklichung als eine Wirklichkeit. Gerade deshalb aber ist das deutsche Volk niemals erstarrt, sondern in seiner Seele und in seinem Herzen jung geblieben. Woanders andere Staaten in ihrer nationalstaatlichen Geschlossenheit eine Aufgabe erblickten, die Idee des ewigen Reiches bedeutete mehr. Es gibt das ewige Reich, wie es das römische Imperium gab. Es gibt die Vereinigten Staaten von Amerika, den französischen Nationalstaat und die russische Sowjet-Union. Das Reich hat nichts mit ihnen gemein. Es ist eine höhere Wirklichkeit als ein staatliches oder wirtschaftliches Zweckbündnis. Es ist auch nicht jener Auftrag, der in dem Wort vom deutschen Wesen, an dem die Welt genesen soll, einen etwas allzu billigen Niederschlag fand. Aber es ist die Mission, alle Gegensätze der Welt in der Fülle des deutschen Seelenums zu versöhnen und eine staatliche Ordnung anzuführen, die allen Völkern der Erde Vorbild und Ziel zu sein vermag. Von diesem Prinzip der Ordnung und der Bändigung des Chaos aus ist die Reichsidee tatsächlich weltrevolutionär.

Bismarck wußte, daß das in den Einigungskriegen des vergangenen Jahrhunderts geschaffene Reich nichts Festes war. Der Eindruck der letzten Jahrzehnte im Leben des großen Kanzlers rührte von der furchtbaren Erkenntnis her, daß ein allzu schnell reich gemachtes und seiner Formen unbedingtes Geschlecht für alle Ewigkeit starr erhalten wollte, was dem genialen Staatsmann und Reichsgründer selbst nur als ein Uebergangsbau vornehmte hatte. Denn Bismarck wußte um die inneren Gesetze des Wachstums. Längst waren nicht alle deutschen Stämme im Reich vereint. Die Oesterreicher und die Deutsch-Böhmen standen außerhalb, und dort, wo das Reichsbewußtsein nicht verfloren gegangen war, in den Ländern niederdeutscher und alemannischer Zunge, hatte der vordringende Machtspruch des wilhelminischen Reiches genau das Gegenteil einer Teilung zum Reich erzeugt. Konrad Ferdinand Meyer und Gottfried Keller sangen noch: „Gebüdt, es kommt die Zeit, da wird gepant, ein einzig Volk ob allem deutschen Land!“ Heute erdienen sowohl Elsaß-Lothringen als auch der deutsche Teil der Schweiz der Reichsidee entfremdet, und allein in der skandinavischen Bewegung Niederschlag Deutschlands erwacht immer stärker das Heimweh nach einem großen erennischen Volk deutscher Sprache und deutschen Volkstums.

Das das Reich Weltkrieg und Revolution, Aufruf und Friedensdiktate, Inflation und innere Wirren überwinden hat, ist ungeschwehrt viel. Es ist das Verdienst des deutschen Volkes, weniger der deutschen Staatlichkeit, die nur allzu oft seit Bismarcks Abgang bis heute verlagert hat. Aber das Zusammenhalten in der Einheit des Reiches genügt nicht. Denn das Reich ist eine Aufgabe, kein Abschieden mit der Gegenwart. Die Reichsaufgabe ohne Rücksicht auf Parteien und Einzelmeinungen herauszuarbeiten, wird der Sinn einer jeden Reichsgründungsfeier zu sein haben.

Das ewige Reich der Deutschen hat sich zu allen Zeiten in zwei Formen einer und derselben Idee verwirklicht; in der deutschen Staatlichkeit oder in der deutschen Nationalität, und in der deutschen Geistesfreiheit oder in der schöpferischen Kraft des deutschen Geistes. Wo in der Geschichte die deutsche Innerlichkeit den Machtsanspruch rechtfertigte und wo der Machtsanspruch besetzt war von der Innerlichkeit, da erfüllte das Reich seine Aufgabe als Vorbild und Sinn dieser Welt. Die deutsche Staatlichkeit ist einschließlich der Ordnung seiner Wirtschaft heute mehr als reformbedürftig. Aber die „Reichsreform“ ist nun einmal keine Verwaltungsangelegenheit irgendeiner Regierung. Sie kann allein durchgeführt werden von einem Staatsmann oder einer Bewegung, deren Seele ganz von den mütterlichen Strömen der deutschen Innerlichkeit gespeist werden. Die Pflege dieser geistigen und kulturellen Werte, aus denen die staatlichen Taten emporsprossen, lag immer bei den Stämmen. Diese Stämme, einschließlich derer, die noch unter fremder Staatlichkeit leben, dürfen nicht vergewaltigt werden. Gleichzeitig aber darf das kulturelle Eigenleben der Stämme nicht die klare Staatlichkeit der Reichsführung beeinträchtigen. Erst wenn der rechtsverständliche Geist von Weimar, der die deutsche Innerlichkeit verkörpert, in der Tat des großen Staatsmannes mit dem rechtsverständlichen Geist von Potsdam, der den Reichsanwalt des Staates verfinstlicht, vereinigt wird, wird es wieder ein eigentliches Reich geben. Dieses Reich der Zukunft, die dem ewigen Reich der Deutschen, von dem das Lied singt: „Von der Maas bis an die Memel, von der Elbe bis an den Belt!“ dienen wir allein durch das nützlichere, daschliche und um der Sache selbst willen getane Werk des Tages.

### Die Fahne von St. Leonard.

Die französischen Kriegsteilnehmer wollen sie Hindenburg zurückgeben.

(1) Paris, 18. Jan. Die Landesvereinigungen ehemaliger Kriegsteilnehmer und Kriegsober hat sich u. a. auch mit dem Wunsche des Reichspräsidenten von Hindenburg beschäftigt, die im Jahre 1920 auf dem ehemaligen Schlachtfelde von St. Leonard aufgestandene Fahne des 2. Bataillons des 3. Preussischen Garderegiments, die im Invalidendom aufbewahrt wird, zurückzugeben. Der Präsident der Vereinigung Ludwig von Bergmann teilte dem Reichspräsidenten mit, dass er die Fahne nach Berlin zu entsenden und die Fahne den ehemaligen deutschen Kriegsteilnehmern, sowie dem Reichspräsidenten zu überreichen. Granier erklärte einem Vertreter des „Paris Solr“, er glaube, daß dieser Vorschlag die Zustimmung aller Frontkameraden finden werde, welcher Art auch ihre politische Ansicht sei. Jetzt habe Paul-Boncour das Wort. Am Mittwoch werde ihm dieser Vorschlag vorgelesen werden und er, Granier, habe die bestimmte Hoffnung, daß Paul-Boncour ihn genehmige. Dann werde eine Abordnung französischer Kriegsteilnehmer sich nach Berlin begeben und Hindenburg die Fahne überreichen, die ihm teuer sei. Diese Dankung eines lokalen Gegners werde hoffentlich zur Annäherung der ehemaligen Feinde führen.

### Zwischenfall im preussischen Landtag.

# Berlin, 18. Januar. Am preussischen Landtag kam es am Dienstag nachmittags zu einem Zwischenfall, als ein kommunistischer Redner den Nationalsozialisten zurief: „Erbarmt euch Feiglinge als Euch gibt es nicht!“ Eine Anzahl nationalsozialistischer Abgeordneter stürmte auf die Rednertribüne. Ein Nationalsozialist, der tätlich gegen den Redner vorgehen wollte, wurde im letzten Augenblick von dem Fraktionsführer Kube zurückgehalten. Inzwischen hatten sich auf der anderen Seite der Rednertribüne zahlreiche

kommunistische Abgeordnete aufgestellt, in deren Reihen der kommunistische Redner Zulauf nahm. Durch das Dazwischentreten beider Abordnungen wurden Tätlichkeiten verhindert. Als die Nationalsozialisten hierauf stehend das Wortwechsel-Vorgehen unterbrach, Präsident Kroll die Sitzung durch Verlassen seines Platzes. — Nach Wiedereröffnung der Sitzung schloß der Präsident den Abgeordneten Frank-Abend (Komm.), der den beleidigenden Zuruf gegenüber den Nationalsozialisten getan hatte, sowie den Abg. Bei (Nat.Soz.) wegen Bedrohens des Redners aus der Sitzung aus.

## Sozialversicherung 1931/32.

Eine Uebersicht des Reichsversicherungsamts.

(1) Berlin, 18. Jan. Das Reichsversicherungsamt gibt soeben die von ihm bearbeitete Statistik der Sozialversicherung 1931 mit einem Blick auf das Jahr 1932 heraus. Die Beitragseinnahmen der Träger der Sozialversicherung, mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, beliefen sich im Jahre 1931 auf 3,0 Milliarden. Einrückung der Vermögensbeiträge und der sonstigen Einnahmen ergab sich eine Gesamteinnahme von 3,4 Milliarden. Die Gesamtansätze stellten sich auf 3,5 Milliarden, wovon 3,2 Milliarden auf die Pflicht- und freiwilligen Leistungen entfielen; das sind 91 v. H. aller Ausgaben oder 107 v. H. der Beitragseinnahmen. Die Ausgaben überstiegen die Einnahmen um 41 Millionen.

Von dem Vermögen Ende 1931 mit 4,9 Milliarden Rm. entfielen 2/3 auf die Angestelltenversicherung, 1/3 auf die Krankenversicherung, 1/3 auf die Invalidenversicherung. Der Anteil der Invalidenversicherung ist weiter gefallen. Ein Einnahmehüberschuß war nur noch in der Angestelltenversicherung zu verzeichnen. Die übrigen Versicherungszweige hatten Fehlbeträge aufzuweisen.

In der Krankenversicherung wurden insgesamt 1,3 Milliarden Rm. vereinnahmt und 1,3 Milliarden Rm. (davon 1,3 Milliarden Rm. für Pflicht- und freiwillige Leistungen) verausgabt. In der Unfallversicherung stellten sich die Einnahmen auf 389 Millionen Rm., die Ausgaben auf 420 Millionen Reichsmark.

Die Invalidenversicherung vereinnahmte 924 Millionen Rm. (davon 819 Millionen Rm. an Beiträgen) und verausgabte 1109 Millionen Rm. (davon 1039 Millionen Rm. für Pflicht- und freiwillige Leistungen). Bei dem sich daraus ergebenden Fehlbetrag von 185 Millionen Rm. ist zu beachten, daß das Reich für rund 40 Millionen Rm. in diesem Zweige Reichszuschuß und Reichsbeitrag sowie Fürsorgeleistungen leisten trägt, die in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Versicherungsträger nicht erfaßt sind.

In der Knappschaftlichen Pensionsversicherung der Arbeiter überstiegen die Ausgaben mit 189 Millionen Rm. die Einnahmen mit 169 Millionen Rm. und bei der Knappschaftlichen Pensionsversicherung der Angestellten waren die Ausgaben mit 36 Millionen Rm. ebenfalls größer als die Einnahmen mit 32 Millionen Rm. Diese Fehlbeträge traten ein, obwohl das Reich in Höhe von 63 Millionen bzw. rund 3,6 Millionen Rm. Zuschüsse leistete.

In der Angestelltenversicherung belief sich die Einnahme auf 480 Millionen Rm., darunter 343 Millionen Rm. Beiträge, die Ausgabe auf 220 Millionen Rm., darunter 206 Millionen Rm. Leistungen.

Die Arbeitslosenversicherung einschließlich der Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit (ohne Krisen-

### Normale Reichsbankenfassung.

# Berlin, 18. Jan. In der zweiten Januarwoche ist die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank weiter um 128,7 Millionen verringert worden. Der Bestand an Wechseln und Schecks ermäßigt sich um 139,6 auf 284,7 Mill., die Lombardforderungen blieben mit 71,4 Mill. nahezu unverändert. Der Reichsbankwechselbestand stieg um 10,8 auf 2,6 Mill. An Scheidemünzen flossen 41,8 Mill. zur Reichsbank zurück, während der Notenumlauf sich um 108,1 auf 3270,8 Mill. ermäßigte.

ist ferner durch die mit der niedrigen Krankenziffer zusammenhängende geringere Zuzahlung der Krankenversicherung zu erwarten. Die Einnahmen werden infolge der ungünstigen Wirtschaftslage noch unter dem Rechnungsergebnis des Jahres 1931 liegen.

In der Unfallversicherung können die gesamten Ausgaben auf 340 Millionen Rm. geschätzt werden. Die rückläufige Bewegung der Unfallzahlen hat sich im Jahre 1932 fortgesetzt, wodurch alle Ausgabengruppen, insbesondere die Aufwendungen für Krankenbehandlung und die Rentenleistungen, beeinflusst werden. Der am Ende des Jahres 1931 eingetretene Wegfall zahlreicher kleiner Renten hat sich im Jahre 1932 ebenfalls in voller Höhe ausgewirkt. Eine Entlastung durch Verminderung der Ausgaben wird sich nicht in vollem Umfang feststellen lassen, weil die Lohnsummen auch in erheblichem Umfang weiter zurückgegangen sind.

In der Invalidenversicherung werden die Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 vom 14. Juni 1932 auf der Leistungsseite Entlastungen bringen. Da aber die Beiträge weiter rückläufig sind, wird auch im Jahre 1932 noch ein erheblicher Fehlbetrag zu verzeichnen sein. Die Einnahmen können auf 715 Millionen Rm. (darunter 640 Millionen Rm. Beiträge) geschätzt werden. Die Ausgaben werden sich voraussichtlich auf 904 Millionen Rm. (darunter 792 Millionen Rm. für Pflicht- und freiwillige Leistungen) stellen.

In der Anwohnenversicherung erreichen die Einnahmen 447 Millionen Rm. (darunter 388 Millionen Rm. Beiträge), die Ausgaben 500 Millionen Rm. Auch in diesem Zweige bringen die Notverordnungen Leistungsänderungen.

In der Knappschaftlichen Pensionsversicherung werden Fehlbeträge entstehen, die aber infolge von Leistungsänderungen und Leistungszugriffen, sowie erheblicher Rundenungen des Reiches verhältnismäßig gering sein werden.

## Der Freiwillige Arbeitsdienst.

Ausprache im sozialpolitischen Ausschuss.

# Berlin, 18. Jan. Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages gab am Dienstag Reichsarbeitsminister Dr. Strupp einen Uebersicht über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Er erklärte, daß wir rund 1 Million männliche und 400 000 weibliche Arbeitslose unter 25 Jahren hätten. Es handele sich dabei nicht um Einzelindividuen, sondern um das Schicksal ganzer Altersklassen, das nicht nur sehr trübe, sondern auch die Abiturienten und die Jungakademiker sowie der zweiten und dritten Bauernklasse. Aus diesem Grunde sei es notwendig, daß der Freiwillige Arbeitsdienst eingerichtet werde. Im Oktober 1931 habe man rund 300 Arbeitsdienstwillige gezählt, am 1. Januar 1932 7000, im Frühjahr 27 000, im Sommer 74 000. Der Arbeitsdienst habe durch die Verordnung vom 16. Juni 1932 neuen Auftrieb erhalten, so daß die Zahl der Arbeitsdienstwilligen am 1. September auf 144 000 gestiegen sei. Die Höchstzahl habe 280 000 betragen, sei jetzt etwas gesunken, habe sich aber am 1. Januar immerhin noch auf 250 000 belaufen. Jeder Arbeitsdienstwillige bedeute im Durchschnitt volkswirtschaftlich eine Befahrung von 1000 Rm. im Jahr. Es seien bis Mitte Dezember v. J. über 50 Millionen für den Freiwilligen Arbeitsdienst ausgeben worden; auf neue Anfordernisse hin habe man weitere 25 Millionen Rm. bereitgestellt.

Nach einer längeren Aussprache zur Frage des Freiwilligen Arbeitsdienstes und über das für und wider der Arbeitsdienstpflicht wurde vom Reichsarbeitsminister in Uebereinstimmung

mit den Ansichten des Reichswehrministers hervorgehoben, daß militärische Gesichtspunkte mit dem Arbeitsdienst nicht zu tun hätten. Die Regierung halte es daher auch nicht etwa für nötig, wie von einer Seite behauptet worden sei, militärischen Vorkenntnissen ein soziales Mäntelchen umzuhängen.

In der Abstimmung wurde ein nationalsozialistischer Antrag, den Freiwilligen Arbeitsdienst zur allgemeinen gleichartigen Arbeitsdienstpflicht auszubauen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Dagegen fand ein Zentrumsantrag in abgeänderter Fassung bei Zustimmung der Nationalsozialisten und Kommunisten Annahme. Danach wird die Reichsregierung erucht, bei der Durchführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, der als nationale und soziale Notmaßnahme aufgeführt worden sei, darauf zu achten, daß unter Wahrung der natürlichen Werte und Bindungen an Familie, Bekanntschaften und Heimat der Freiwillige Arbeitsdienst seinen freiwilligen Charakter behält, also jeder Zwang unterbleibe, daß ferner bei der Durchführung der Väter die Selbstverwaltung und Selbsthaltung des Arbeitsdienstes durch die Träger des Dienstes unter höchster Berücksichtigung des Eigenlebens der Jugendverbände gesichert werde und daß schließlich die Maßlichkeiten, die sich für den Arbeitsdienst in der Wissenschaft, in der Interresse der Fortbildung und Wissenschaft, aber auch der akademischen Jugend, gefördert würden.

Am Mittwoch behandelte der Ausschuss die Anträge zur Befreiung von Vätern in den Notverordnungen über Sozialversicherung und Wohlfahrtspflege.

### Zu Dr. Dwiglaf 60. Geburtstag.

Januar. Aus grauer Morgenstunde, die brüht überm Tale lag, wächst langsam in die Runde der frohlig klare Vormittag.

so wie ein fester Wille fühl und gefeilt um sich greift... O seltsam große Stille, durch die nur leis ein Stempel weicht.

Der dunklen Wälder Reigen, die Berge fern, die Däuel nah, die weichen Dünge schweben und alle, alle atmen: Ja!

Der schon durch seine langjährige und ständige Mitarbeit an der satirischen Wochenchrift „Simplissimus“ weithin bekannte und verehrte Dichter „Dr. Dwiglaf“, auch „Kakotöter“ sich nennend, vollendet morgen sein 60. Lebensjahr. Im bürgerlichen Leben wirkt der aus dem Altdeutschen kommende Schriftsteller unter keinem richtigem Namen. Dr. med. Hans Erich Wladis als Arzt in Kurland bei Mäntchen. — Die obigen seiner soeben im Verlag von Georg Müller-Albert Langen in München erschienenen neuen Gedichte-Sammlung „Stunde um Stunde“ entnommenen Verse geben ein gutes Beispiel seiner echten Lyrik, die Natur und Seele stimmungsstark und innig verschmilzt. Von seinen Gedichtbüchern nennen wir den Sauren Apfel, Gottes Blasebalg, Von Vichimeh bis Dreiföhrig, Käuze, Der Tintenfisch. Auch seine Erzählungen in Prosa geben die ihm eigentümliche, lebensprägende, humorvolle, da und dort auch stark satirische Erlebnisse des Dichters gefühlvoll in seinem Herzen, gesehen mit seinen Augen, in eindringlicher Kunst des Wortes wieder. Eine Probe fanden die Leser des Karlsruher Tagblattes in der letzten Beilage. Seine häusliche Geschichte von der Christliche unterm Christbaum aus der Jugendzeit heranzuführen und mit dem wissenden Wädeln des gereiften Mannes abgeflert, war

echtester Dwiglaf. Von seinen zahlreichen Eindrücken — also nicht etwa Uebersetzungen — seien die Vögel des Aristophanes genannt und mit besonderem Hinweis die köstliche Genialität in unfer geliebtes Deutsch übertragene Coleridge Reue der von dem Schmelz Emece. Hiermit ist die gottpolke (im zwiefachen Sinn gottpolke), humorprägende Geschichte aus dem skandinavischen vollen deutschem Volkstum eingereicht worden. Mit dem in Karlsruhe lebenden Engelbert Dwiglaf (= Detering) hat Wladis die unvergesslichen Gestalten des Gargantua und Pantagruel des stärksten französischen Satirikers, also des Meisters Rabelais von Meudon ebenfalls in das deutsche Schrifttum meisterhaft eingebracht. Wir wünschen dem praktischen Dichter und Menschen noch viele Schaffensjahre. Er ist blutendichter Süddeutscher, ein Mensch von tiefstem Gemüt und da, wo es nötig wird, von einer erfrischenden Schwäbischen — Grobheit.

### Aufführung in Mannheim:

Paul Joseph Cremers: „Die Marne Schlacht.“ Eine eindrucksvolle Geschichtsstudie: Der unvergessliche Vormarsch der deutschen Truppen (nach dem großartigen Aufmarschplan Schlieffens) hält die Welt in Atem, denn die transatlantischen Linien werden fast fluchtartig zurückgeworfen. Die Mannen von Paris auf wachen, und General Kluck hat die größte Aufgabe, die gesamte französische Deeresmacht von der Hauptstadt an der Seine zu trennen. Aber in deutschen Hauptquartier hat man die Taktik Klucks nicht erkannt; ein Armeebefehl entläßt den Oberbefehlshaber der ersten Armee im Westen einen Teil der Truppen gerade in dem Augenblick, als Joffre seine Streitkräfte neu primieren und eine Schlacht annehmen kann. Kluck war angewunden, sich noch einmal gegen die bereits zurückgeworfene Armee Manourgs zu wenden. Durch diese Notwendigkeit wurde in die deutsche Linie jene verhängnisvolle Lücke gerissen, die die Oberste Heeresleitung aus der unglücklichen Maßnahme verführte, den Vormarsch abzubrechen. Dieser Befehl zwang die deutschen Streitkräfte sich von den französischen Linien zu lösen. Der Feind, dem eine vernichtende Um-

flammerung drohte, konnte seine Reserven heranziehen und den härtesten Siesess auf der deutschen Armee für immer zum Stillstand bringen. Die Dankesfeier des General-Klucks vor Wölfe hatte angefaßt die Armee Kluck durch Rückzugsbefehl zu retten, sein Vertrauen zu der Kluck'schen Armee war durch pessimistische Falschmeldungen und eigene Gräueltaten erschüttert; in seinem befohlenen Kurier Oberstleutnant Henrich steigerte sich die Vorlicht zu einer Art Anathem, gegen die Feindes der Armeeführer vererblich ankämpfte wurde, Kluck beorderte dem höheren Befehl, lehnte aber jede Verantwörung ab.

So zieht ein Kapitel deutschen Schicksals in unruhigster Sachlichkeit an uns vorüber. Kein wildromantischer Schlachtenbericht, sondern eine zeitlich zusammengefaßte Aufstellung des historischen Stoffes jener Vorgänge. Das Übergang der Arme mit einem Sieg an der Marne oder der Einnahme von Paris ein Ende gefunden hätte, ist ein Trauerspiel, da es im Rate der Völker beschloßen war, das alles stark geworden Deutschland auf die Knie zu zwingen. (Cremers läßt diese Frage offen.) Das kritisch-historische Quellenmaterial wurde dem Verfasser durch Karl Borch besorgt, der damit eine wertvolle Vorarbeit geleistet hat. Unter der Spielleitung des Intendanten Herbert Maifch erhielt der Abend den Charakter einer eindrucksvollen Inszenierung, die das gewaltige Panorama der Marne Schlacht hinter den Kulissen sichtbar werden ließ. Die Aufführung imponierte durch vorbildliche Geschlossenheit der Szenen.

### Sonaten-Abend

Peter König — Johanna Bierstein. Ein glückliches Ereignis, daß die Veranstalter, der Pauer-Schüler König und die Schloß-Schülerin Bierstein, der Volkzahl eines anspruchsvollen Auditoriums in der Hochschule für Musik etwas anzuwenden dürften. Ein glücklicher Gedanke, Mozart zuzugewinnen. Dies Durand-Rondo ließ die Hoffnungen erwecken, die beiden einmal mit einem Mozart-Abend zu erleben. Sozt man das im Bewußtsein der Verantwortung, dann entsetzt das weiterer veränderter Ge-

richtsprüfung. Dann ist den Spielern das Urteil gesprochen. Es braucht nichts hinzuzusetzen werden, wenn man ihnen Mozart zumuten darf. Sie besitzen die sauber durchgeführte und geordnete Technik dazu. Und den Ernst der Auffassung, wie er bei den drei Romanfiguren (Lorenz, Berta und Berta) auch der Klavierkunst (auch der Klavierkunst und Beethoven) erfindbar und anerkannt wurde. Eine glückliche Wahl erdlich: Schumann, Brahms (beide a-moll). Wie sind sie endlich so sehr verwandt — darin daß jeder in sich selbst und anständig ist! Beide in ungemindert glücklicher Eigenmächtigkeit! Für den dritten und vierten des Abends, für Strauß reichte das Paradevorleser nicht zu. Interessant wohl die Schwanung zum Klavier hin; da kam hinzu die ein Schuß, fast eine starke Dosis Witz zu dem „Schumann“ hinzu (Athenäer); in der Improvisation (Mittelstück) akzentiert sehr die reichhaltige Chopin, von der Pianistin sehr glaubhaft, fast schon ein wenig ironisch, mit dem sehr wardungsreichen Anschluß demonstriert. Aber so unbekannt diese Anwandlungen des burschen Richard Strauß, auch in der immerhin raffinen Themenbildung sich haben — der gute Strauß von später — hier ist er episch sehr gebunden und wirkt (das demonstrierte die dankenswerte Programmwahl) gegenüber den Gegenüberflächen Lorenz, und ist selbst in so schöner Wiedergabe doch nur ein Ueberschickel. Dr. H.

Theaterhochschule in Peking. In Peking wurde eine Theaterhochschule begründet, in der die alte Uebersetzung der chinesischen Bühnenkunst gepflegt werden soll. An der Spitze dieser ersten Theater-Akademie steht der berühmteste Schauspieler des Landes, Mei Lan Fong, der die Studenten in die Regeln der Schauspielerkunst einführen und mit allen Feinheiten der so reich entwickelten Gebärden- und Vortragsweise bekannt machen wird. Andere berühmte Schauspieler stehen ihm zur Seite. Unter den Lehrern befindet sich auch eine Frau, Lu Hsin Yun. Die Zulassung von Schauspielerinnen zur chinesischen Bühne ist erst jüngsten Datums, früher wurden die Frauenrollen durchweg von Männern gegeben.

# Malaria, Gold und Opium

## Mit Stöckners Hei lung kiang-Expedition in die unerforschte Mandschurei

Von Frithjof Melzer (Copyright by Verlag Max Möhring, Leipzig C. I. Nachdruck verboten.)

### Wir sitzen fest.

Der Mann Wu hat meine gänzlich kaputten Heberkrämpfe bekommen, wie früher schon eine lädierte weiße Weste, und behandelt mich dafür mit rührender Liebe. Ganz von selbst tut er alles Mögliche für mich, versorgt mich mit Essen und Tee, hilft mir beim Verpacken und Packen der Sachen, wäscht mir sogar mein Gesicht, das ich freilich vorzüglichsalber noch einmal nachwäsche, und bemuttert mich auch sonst wie ein Kind. Als es heute immer wieder durch Schlamm und tiefes Wasser geht und die Pferde nicht durchkommen, bietet er sich jedesmal wieder an, nicht nur meine Sachen, sondern auch mich selbst auf seinem alten Rücken durchzutragen. Und wie ich dann gehe und auch meine Sachen selbst trage, verichert er immer von neuem mit seinem rührendsten Grinsen: „Hao jen, hao jen, hao jen, hao jen, hao jen!“ (Was für ein guter Mensch! Was für ein guter Mensch!) Das für die paar Freundlichkeiten, die kaum der Rede wert sind.

Um 8 Uhr sind wir aufgebrochen. Fünf Minuten später sitzen wir zum erstenmal fest. In einem Bach kommt die Arde im Schlamm nicht weiter, trotzdem der junge Kuan die Stelle vorher angegraben und die beste Erde ausgehoben hatte. Stöckners Arde war gerade durchgekommen. Bei uns hat aber auch das Abpringen des Sumpfwassers und das Zerren der Gänge unter seinem meledischen Rufen nichts geholfen. Erst verdrängt das Stangenpferd mit der Hinterhand, dann das Handpferd, beide können nur eben noch die Knie über Wasser halten. Also führt der junge Kuan ein Reitpferd heran, auf dem er sich setzt, dann ich auf die „Lodene“ hinüberreiten; das heißt, eine wirklich trockene Stelle ohne stehendes oder fließendes Wasser, habe ich auf der ganzen Ebene nicht gefunden. Wir sind schon froh, wenn es nicht über die halben Waden hinausschneit. Aber Wu schafft es auch so nicht und muß die Pferde abhaken, um sie nicht rettungslos verenden zu lassen. Der unermüdliche Kuan streift sich für den Anzug ab und geht ins Wasser, um zunächst mit Wu zusammen den Wagen so weit herumzuführen, daß die widerwilligen, den Sumpfwasser schenkenden Pferde, wieder angeführt werden können. So haben wir nach einer Stunde den ersten Sumpf hinter uns.

Nach einem Kilometer bricht unsere Arde wieder in stehendem Sumpf ein. Die Pferde sind diesmal, wenn es geht, noch tiefer drin und werden zitternd und schmerzhaft herausgeführt. Dafür sollen die kräftigeren des anderen Wagens heran; sie lassen sich aber nicht bis an die Arde heran und gehen ab. Schließlich hat Wu sie doch so weit. Aber da gerade an der Arde das schlechte Sumpfwasser ist, sind sie nicht im Geleite zu kriegen, obwohl sie sonst auf jeden Sumpf reagieren. Wu zieht alle Register seiner Kraft und abgehenden Melodien; er flucht den furchtbaren Fische und flötet dann wieder den Ruf den Gänsten mit vor Liebe und Verzweiflung bebender Stimme in die Ohren, ganz dicht am Pferdekopf, so daß wir uns das Wagen nicht verkneifen können. Aber alles hilft nichts. Das Stangenpferd geht doch wieder los und schleift Wu, der es halten will, die 100 Meter bis ans Ende des Sumpfes durchs Wasser. Duffti wird die Sache zu fipfella, weil die Deichseln immer tiefer in den Schlamm nachrutschen, springt herunter und wartet darauf. Ich lasse mir diesmal noch ein Pferd bringen.

Kuan dreht dann mit Wu den Wagen, fährt die Pferde ein und fährt zurück, um das Durchfahren noch einmal zu versuchen. Aber wieder kommt die Arde trotz aller Vorsicht hinein. Die massiven tief aufgewühlte Schlammstelle laugt Pferde und Wagen an. So laden Kuan und Wu die Sachen ab und schleppen sie herüber, wobei sie bei jedem Schritt unter der Last bis zum Knie in den Schlamm sinken, so daß das Wasser bis über die Hüften geht. Kuan erläutert das in seiner nüchternen Art: „Go bu tsü Gan ho“ (Es ist unmöglich, am Gan ho zu marschieren). Die Pferde schaffen auch jetzt die Arde erst heraus, nachdem Kuan die Räder hochgezerrt und ein Stück zur Seite geleitet hat. Vor dem Aufladen müssen wir aber noch eine Weile durch knietiefes Wasser, während die Sachen auf den Pferden weitergeschafft werden. Derweil ist ein Pferd nach rückwärts zum Grat abgeganen. Wu läuft durch den Dreck zurück und erwischt es auch nach kurzer Jagd. Aber noch zweimal muß er in den Sumpf, um abertausende Geißirrtelle zu fischen. Es ist 1/12 Uhr geworden.

### .. und so fort ..

Doch nach 300 Meter haben wir den dritten Sumpf und nach wieder 300 Meter den vierten, jeder 200 Meter lang. Mit Vorsicht, Ach und Strauch geht es gerade noch durch. Der junge Kuan reitet hin und her die Stämme ab, die schmerzlichen Stellen nimmt der Vater noch einmal vor. Wir stehen so lange und beobachten die Reiter: Jetzt wagt das Pferd nur mit den Füßen, jetzt hat es bis zum Knie Wasser, aber festen Boden. Auf einmal ist es vorn bis zur Brust drin, ein Morastloch, aus dem es gerade noch ohne Mühen des Reiters herausschneit. Daneben aber ist besserer Weg. Der Reiter

kommt gut weiter. Bis plötzlich die Hinterhand verackert, beim Versuch zum Herauspringen auch die Brust. Aber mit einigen Frägeln geht es noch, und wieder daneben kommen wir auch mit den Arden wirklich durch, nachdem die Festigkeit auch in der Spurbreite beim Zurückreiten einwandfrei geübt war.

Die Reiter freilich haben nach den bisherigen Erfahrungen darauf verzichtet, sich aus dem Wasser zu halten. Sobald der Morast beginnt, geht es runter von der Arde, werden die Pferde am kurz gefassten Bügel geführt, während wir das Antrieben der Pferde mit dem Reitstock übernehmen. Das Gepäck, vor allem Mehl, Zucker, Salz, Tee und die Photostachen, ist nach unten — wir haben wenigstens mal wieder warme Sonne, die den Schwitz treibt — durch die Zeltplane, Delttücher und Gummimäntel gesichert. So schwanke wir auf unseren Wagenbergen durch das von den ersten Pferden aufgewühlte, gefährlich undurchsichtige Wasser. Fliegen, Gnuzen und Mücken — sonst erst zum Abend lebendig, hier in diesem Mückendorado aber den ganzen Tag an der Arbeit — umschwirren uns.

Auch beim fünften Sumpf nach 150 Meter geht es gut. 100 Meter weiter fängt schon der sechste an, gleich 800 Meter lang, und mitten drin plätschen die Geißirre. Aber es geht schließlich. Nach 400 Metern kommt ein kleiner verjüngter Bach,

nach 200 Meter der achte 20-Meter-Sumpf und nach 300 Meter der neunte, in dem wir glücklicherweise wieder stehenbleiben. Diesmal läßt Wu nicht locker und trägt mich auf dem Rücken heraus, nachdem er eben erst beim Führen der Pferde unmittelbar vor dem Stehenbleiben im Sumpfboden gestrauchelt und unter das Stangenpferd gekommen war. 100 Meter weiter kann der achte Sumpf umgangen werden. 700 Meter weiter der elfte mit 200 Meter geht glatt, aber nach 50 Meter der zwölfte ist unpassierbar. Alles Abhaken durch Kuan Vater und Sohn hilft nichts. Nirgends sind tragende Stellen, und an den Seiten wird es noch schlimmer. Also werden die Sachen abgeladen und einzeln hinübergetragen. Meine eigenen Sachen nehme ich selbst auf einmal, in die Hand einen Stock zum Abstützen des Bodens, und so tauche ich mit 300 Meter durch knietiefes Wasser von Grasbüschel zu Grasbüschel, weil man bei jedem Schritt daneben noch einen halben Meter tiefer in den stehenden Schlamm kommt. Die Leute sind bei dieser Sumpfarbeit immer noch verärgert und entwickeln um so mehr Humor, je höher die Situation wird, so daß einem der volle Ernst nicht zum Bewußtsein kommt. Wir wissen ja bei dieser Situation von Sumpfstellen noch gar nicht, ob wir bis zum Abend Shan fou, die Bergmündung, überhaupt noch erreichen können oder

hier im Wasser übernachten müssen, weil bei Dunkelheit jeder Schritt ein sinnloser Leichtsinn wäre. Dazu wird uns auch noch Duffti krank, der schon vorher über Kopf- und Glieder Schmerzen geklagt hatte, der Beginn einer schweren Malaria!

Nach dem Aufladen haben wir nach 300 Meter schon den dreizehnten Sumpf. Der junge Kuan bricht mit dem Pferd beim Abreiten bis zum Hals ein. Nur ein schneller Sprung aus dem Sattel reißt ihn und das Pferd. Nach dem Aufladen rückt ein paar Schritte weiter das Pferd regelrecht zur Seite aus und fällt platt hin. Klatschend fliegt der Reiter ins Wasser. Also wieder zu Fuß die Sachen durchbalancieren. Allerdings schaffen es auch die leeren Arden erst nach mehrmaligem Abhaken. — So geht es in ganz kurzen Abständen weiter bis zum achtzehnten Sumpf. Wir sind dabei noch mehrmals so weit von den im Schlamm stehenden Pferden untergetreten, daß er bis unter die Ardenräder kommt. Wir fahren nun auch die leeren Wagen nur noch vierhundert.

Da endlich, als wir gar nicht mehr weiter können, findet Kuan nach langem Suchen einen Umweg, der uns an einem Damm entlang nach zwei Kilometer zum Ende der Sumpfebene nach Shan fou bringt.

So haben wir bis 6 Uhr unsere schwere Tagesleistung unter völliger Auspumpung der Pferde und Leute hinter uns und haben in den zehn Stunden, genau abgefahren, 1258 Kilometer geschafft! Sind froh, sie überhaupt geschafft zu haben! Beim Abmarsch morgens hatte selbst der erfahrene Kuan vorheriges Essen für überflüssig gehalten, weil wir ja bei dem nur knietiefen Wasser die 12 Kilometer in zwei bis drei Stunden schaffen würden.

Ehe noch die Arden die fünf Meter vom Weg zur Kanade hinauf sind, ruft man uns entgegen: „Wo wollt Ihr denn hin? Gleich weiter oben am den Berg steht das Wasser bis zum Hals!“ So warnen alle Hausinsassen nach den ersten Hoffentlichsfragen eindringlich vor dem schlechten Weg. Wir halten zwar die Warnungen jetzt schon eher für berechtigt, aber nach der Unterbringung des malarialranken Duffti auf dem warmen Kuan und der Errichtung der Lager für uns andere im Freien ist uns das erste Essen des Tages, Tee und Brot, zunächst wichtiger. An den Weiermark können wir morgen denken, wo wir doch den Pferden und Leuten erst einen wohlverdienten Rufetee gönnen müssen. (Fortsetzung in der morgigen Ausgabe.)

## Felssturz in Frankreich.

Vier Häuser zerstört, drei Tote, zehn Schwerverletzte.

Paris, 18. Januar.

Ein Felssturz, der sich am Montag mittag an der fogen, „Caterne von Nocecorbon“ ereignete, hat schwere Folgen gehabt. Nicht weniger als 18 000 Tonnen Felsmasse sind von der Höhe herabgestürzt und haben vier Häuser unter ihren Trümmern begraben. Außer den drei Toten sind zehn Personen zum Teil schwer verletzt worden. Da man neue Felsstücke befürchtete, mußten zwei weitere Wohnhäuser geräumt werden.

Die Bewohner der verbleibenden Häuser waren schon vor mehreren Tagen durch das dauernde Abbröckeln von Felsstücken gewarnt worden. Einige Häuser hatten bereits Beschädigungen an der Hinterfront erlitten. Trotzdem wollten sich die Bewohner nicht dazu entschließen, die Häuser zu räumen. Am Montag mittag stürzten mit donnerähnlichem Getöse die Felsmassen herab und verwandelten einen Teil des Villenviertels in eine wüste Trümmerstätte. In einem der Häuser wurde eine 50-jährige Frau in am Knochendarr überrollt und verbrannte bei lebendigem Leibe. Aus den Trümmern eines zweiten Hauses hörten die Feuerwehrleute lange Zeit das Stöhnen des Wäfers, der verzweifelt nach seinem Sohne rief, der als Feuerwehrmann an den Rettungsarbeiten teilnahm. Nach langen Vermählungen gelang es diesem, bis zu seinem Vater vorzudringen. Als er nach mühsamer Arbeit freigelegt war, war es bereits zu spät. Der Unglückliche starb auf dem Wege nach dem Krankenhaus. Ein anderes Opfer, eine 60-jährige Frau, die mit ihrem Hause fortgerissen

war, antwortete über eine Stunde auf die Anrufe der Feuerwehr. Aber auch für sie kam die Rettung zu spät. Eine der verletzten Frauen ist im Krankenhaus wahrscheinlich geworden. Glück im Unglück hatte lediglich ein Kindermädchen, das mit einem Säugling im Arm durch die Felsstücke die Deffnung der Hinterfront eines Hauses geschleudert und mehrere Meter weit auf einem Abhang wohlbehalten landete. Weder sie noch das Kind hatten irgendwelchen Schaden genommen.

Die Anräumungsarbeiten sind noch nicht beendet. Aber man rechnet nicht damit, daß sich noch weitere Opfer unter den Trümmern befinden.

## Die Rettungsarbeiten am „Malugin“

Erlebnisse von drei norwegischen Grubenarbeitern.

Oslo, 18. Jan.

Drei norwegische Grubenarbeiter aus Longyearbyen haben sich bei den Rettungsarbeiten am Eisbrecher „Malugin“ außerordentlich hervorgetan. Sie sind nach einer sehr strapaziösen Tour von der Unfallsstelle nach Longyearbyen wieder zurückgekehrt und berichten, daß „Malugin“ 100 Meter vom Land liegt, aber außerordentlich schwer beschädigt ist.

Einmal hatte das Motorboot der Russen, erzählten die Norweger, sich in einer Eishölle fest-

gefahren und lief voll Wasser. Gleichzeitig begann es im Maschinenraum des Motorbootes zu brennen. Das Boot trieb mit den Rufen an Bord ab. Die Norweger hatten den Brand entdeckt, gingen über das Eis dem Boot nach und konnten es schließlich bergen. Ein anderes Mal wurden Rettungsboote mit mehreren Rufen vom „Malugin“ im Sturmweiser abgetrieben. Auch diesmal gelang es den tollkühnen Norweger wieder, auf Eishölle die Rettungsboote einzuholen. Die Russen haben ziemlich viele Waren vom „Malugin“ geborgen, aber ein großer Teil ist völlig zerstört, da das Vorderdeck vom „Malugin“ unter Wasser steht. Der Schaden des Eisbrechers ist so groß, daß er, wenn es überhaupt gelingen sollte, ihn abzuschleppen, vorher abgedichtet werden müßte. Die Ueberführung der Waren vom „Malugin“ auf den Eisbrecher „Sedow“ geht mittels Rettungsbooten vor sich, die mit dem Motorboot von Longyearbyen geschleppt wurden. Die Russen selber hatten ein einziges Boot. Das Motorboot der Russen ist jetzt völlig verloren und im Sturm abgetrieben. Personen waren nicht an Bord.

## Southampton als Umsteighafen.

Vom Dzeandampfer ins Flugzeug.

London, 17. Januar.

Der englische Seehafen Southampton, der bekanntlich von zahlreichen englischen und ausländischen Passagierdampfern, die von Uebersee kommen, angefahren wird, soll einen großen Lufthafen erhalten. Die städtischen Behörden haben bereits ein größeres zwischen Southampton und Gosport gelegenes Grundstück erworben, auf dem der Flughafen angelegt werden soll. Es ist beabsichtigt, die auf den Dzeandampfern eintreffenden Passagiere von Southampton aus im Flugzeug an ihren Bestimmungsort zu bringen, und zwar sowohl nach Dänen in England selbst, als auch nach einer Reihe von Hauptstädten auf dem Festland. Die vorzüglich bewährte Einrichtung der Schluenderflugzeuge an den beiden deutschen großen Schnelldampfern „Europa und Bremen“ dürfte wahrscheinlich den Anstoß zu diesen Plänen gegeben haben.

## Das Unglück des englischen Riesenflugbootes.



Die Bergungsarbeiten an der Unglücksstätte. Ein Taucher steigt hinab, um Kabel an dem Flugzeug-Wrack zu befestigen.

Vor der englischen Hafenstadt Plymouth stieß das neue Riesenflugboot „Iris“ beim Start an eine Barkasse und stürzte ins Meer. 9 Insassen wurden verletzt, ein weiterer wird vermißt.

**Inventur-Verkauf**  
vom 9.-21. Jan.

Sensationell billige Preise!

Rud. Hugo  
**Dietrich**

Winter-Ulster  
39.- 49.- 59.-

Meine Spezialität:  
3/4 fertige Anzüge **88:-**

# Badische Rundschau.

## Arbeitsbeschaffung in Loth.

Um die dringend nötige Kanalisation.

1. Loth., 17. Jan. Im Stadtrat beschäftigte man sich schon Anfang Januar anlässlich der Frage, welche Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reichs für hier vorzusehen werden könnten, mit dem Projekt einer Kanalisationsanlage. Räte der schon jahrzehntealte Plan zur Durchführung, so würde er ebenso hygienische Bedürfnisse erfüllen wie mit etwa 170 000 Arbeitstagen durchzuführen. Inwieweit die Mittel aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Verfügung gestellt werden, muß die Stellungnahme der zuständigen Stellen zu den von der Stadt eingereichten Anträgen ersehen.

## Pforzheimer Schmuckwarenindustrie wehrt sich.

— Pforzheim, 16. Jan. In Pforzheim fand am Sonntag eine Versammlung der Handelskammer statt, die insofern an Bedeutung gewinnt, als man in den dortigen Industriekreisen nun mit dem nachdrücklichsten Verlangen an die Reichsregierung herantreten will, die Zollverhältnisse mit der Tschechoslowakei einer Neuordnung zu unterziehen, da die Gefahr des Galvanzer Wettbewerbes für die Pforzheimer Schmuckwarenindustrie immer größer wird.

Der Handelskammerpräsident ist beauftragt worden, in einem Schreiben an das Reichswirtschaftsministerium zu erfragen, das entweder die Einfuhr von Schmuckwaren aus der Tschechoslowakei verboten oder daß die Zölle entsprechend erhöht werden, oder daß eine Kontingenterung erfolgt. Der Versammlung wohnte als Vertreter der badischen Regierung Ministerialrat Keller bei.

## Auch Bretten im Milchzusammenfluß.

— Bretten, 16. Jan. Der Amtsbezirk Bretten geht mit Ausnahme der Gemeinde Mähbach geschlossen zu dem neuen Mittelbadischen Milchzusammenfluß. Auch benachbarte Württembergischer Milchzeuger gehören dazu. Die Mitgliedschaft kann von jedem andern erworben werden und ist unabhängig vom Bezug landwirtschaftlicher Bedarfsgegenstände.

## Um den Wiederaufbau der Todmauer Hütte.

Eine Erklärung der Hotels. — Freiburg i. Br., 17. Jan. Zu der Meldung, daß die um den Feldberg gelegene Gaststätte und Hotels sich darum bemühten, der Stadtverwaltung Todmauer das Brandgeld mit Konzession für den Wiederaufbau der Todmauer Hütte abzulaufen, um sich dadurch eine „Konkurrenz“ von Halle zu schaffen, wird vom Feldberger Hof berichtend erklärt, daß kein Hotel oder Gasthof im Feldberggebiet einen derartigen Versuch unternommen habe. Man erlicke in dieser Unterfunktskräfte in keiner Weise eine Konkurrenz und habe selbstverständlich auch gegen einen Wiederaufbau der Hütte nicht das Geringste einzuwenden.

## Ein Schillerforscher gestorben.

— Karlsruhe, 16. Jan. Samstag Abend starb nach kurzer, schwerer Krankheit im 72. Lebensjahr Prof. Dr. phil. h. c. Karl Berger-Vörsch, der in der literarischen Welt vor allem durch seine Schiller-Studien und seine Schillerbiographie bekannt geworden ist. Die Schillerbiographie gab der Universität Gießen den Anlaß, ihn zum Dr. h. c. zu ernennen. Gleichzeitig wurde ihm von dem damaligen Großherzog von Hessen die Goldene Verdienstmedaille für Kunst und Wissenschaft verliehen. 34 Jahre lang diente er dem heftigsten Staat an verschiedenen höheren Lehranstalten, zuletzt 22 Jahre am Darmstädter Gymnasium.

## Alemannische Steinfistengräber aufgedeckt.

— (Schallstadt bei Freiburg i. Br.), 14. Jan. Ein hiesiger Landwirt ist in seinem Garten auf eine Steinfiste gestoßen. Die Untersuchung durch das Museum für Urgeschichte ergab, daß es sich um zwei Steinfistengräber handelte, die sorgfältig aus waagrecht geschichteten Kalksteinplättchen, wahrscheinlich mit nassem Lehm als Bindemittel, aufgeführt waren. Das eine lag 1,55 Meter tief und barg das Skelett eines kräftigen Mannes mit ausgezeichnet erhaltenen Knochen, dabei ein Eisenmesser. Die andere Steinfiste lag 1,70 Meter und so nahe am Main, daß die eine Wand gestört war; wahrscheinlich war der Mann früher weiter außerhalb. Sie barg einen jugendlichen Mann mit einem Kurzschwert und einem Messer.

## Schöner Erfolg der Bruchfaher Polizisten.

Ehrenpreis des badischen Polizeisportverbandes verliehen. — Dem Polizeisportverein Bruchsal wurde für die beste Jahresleistung 1932 unter den 16 Polizeisportvereinen der vom Polizeiführerheim Karlsruhe gestiftete Ehrenpreis vor versammelter Mannschaft durch den Verbandsvorsitzenden, Polizeioberst Blankenborn, überreicht. Es ist ein Wanderpreis in Gestalt eines Medaillonhalsmehrs, dessen Bronzestatuette vom Karlsruhe Bildhauer Dollmar nach einem dortigen Polizeisportlermodell angefertigt wurde.

## Revision im Hummel-Prozess.

— Freiburg, 17. Jan. Der Verteidiger des zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilten Schneiders Hummel, des falschen Taubmann, hat gegen das ergangene Urteil Revision eingelegt.

## Ein nordischer Wintergast.

— Ein Vergfinklist da. — St. Blasien, 16. Jan. Dieser Tage fand sich beim Futterplatz vor dem Fürstbischöflichen Haus ein Gast aus dem hohen Norden ein.

# Die Sitzung des Haushaltsausschusses.

### Künftig nur noch 65 M. d. L. — Förderung der Hausreparaturen. Die Not im Baugewerbe.

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses wurde zunächst das Initiativgesetz der Regierungsparteien beraten, das in einem einzigen Paragraphen die Änderung des § 25 der badischen Verfassung verlangt. Durch die erste Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 war bestimmt, daß der Landtag künftig aus 65 Abgeordneten bestehen soll. Dadurch hat man sich bewußt von dem automatischen Proporz entfernt und die Zahl der Abgeordneten auf eine feste Zahl festgesetzt. In dem Initiativgesetzentwurf war eine feste Abgeordnetenzahl beibehalten. Sie sollte aber nicht in der Verfassung, sondern im Landtagswahlgesetz festgesetzt werden. Der Verichterat, Wb. Dr. Wald (DVP) stellte zunächst keinen Antrag, sondern wollte zuerst eine Stellungnahme der Mitglieder des Ausschusses herbeiführen. Staatspräsident Dr. Schmitt erklärte sich mit dem Wunsch der Regierungsparteien einverstanden. Es sei der Wunsch der Regierung, dem Landtag soweit irgend möglich die Regelung der Verfassung zu überlassen und sich auf Notverordnungen nur dann zu beschränken, wenn eine Verständigung mit der Volksvertretung nicht zu erreichen sei.

Von Staatsparteilicher Seite wurden erhebliche Anstößlichkeiten Bedenken gegen den Entwurf vorgebracht. Der sozialdemokratische Sprecher hielt für nicht ermunternd, daß die Zahl der Abgeordneten nur im Landtagswahlgesetz festgelegt würde, sondern er verlangte die Festlegung in der Verfassung. Unter diesen Umständen würde keine Partei wahrscheinlich die Zustimmung nicht verweigern. Von nationalsozialistischer Seite wurde betont, daß jeder Wahlnahme zugehört werden, die Sparmaßnahmen für das Land Baden bedeuten würden, vorausgesetzt, daß nicht in ihrer Existenz bedrohte Parteien hierdurch erhalten würden. Nachdem auch von anderer Seite der Wunsch ausgesprochen worden war, eine feste Zahl der Abgeordneten in der Verfassung aufzunehmen und sowohl die Sprecher des Zentrums wie der Deutschen Volkspartei hieran ebenfalls Bedenken erhoben, einigte sich der Ausschuss dahin, zunächst die Fraktion zu hören und die Angelegenheit auf kurze Zeit zu verlagern. Gleichgültig mit der Festlegung der Zahl der Abgeordneten durch die Verfassung soll auch das Landtagswahlgesetz geändert werden.

doch würde es sich hierbei nicht um grundsätzliche oder politische, sondern nur um die technischen Maßnahmen handeln. Die durch die Festlegung der Abgeordnetenzahl notwendig sind. Am Nachmittag setzte der Haushaltsausschuss die Beratung über die Arbeitsbeschaffung fort. An erster Stelle stand der Antrag der

der Bergfink. In Schweden, Norwegen und Vorderasien ist er daheim. Bei uns verbringt er den Winter. Nicht jeden Winter ist er gleich häufig, so scheint er in diesem seltener zu sein. Der weitgereiste gefiederte Gast fällt wenig auf, da er leicht mit dem Buchfink verwechselt werden kann, in dessen Gesellschaft er sich meist aufhält, bis er im Frühjahr die 1000 bis 2000 km weite Heimreise nach dem hohen Norden antritt.

— Reingarten, 16. Jan. (Der älteste Einwohner gestorben.) Am vergangenen Samstag verstarb Dreher und Landwirt Ferd. Schrotz im Alter von 92 Jahren. Mit ihm ist der älteste Bürger dahingegangen. Der im hohen Greisenalter Stehende erfreute sich noch bis vor kurzem besten geistiger und körperlicher Frische und war bei der Einwohnerschaft äußerst beliebt und geschätzt.

Deutschen Volkspartei über die Erhöhung der Reichsmittel zum Zwecke der Förderung von Hausreparaturen. Der Verichterat erwähnte, daß von den 50 Millionen, die das Reich bereitgestellt hat, auf das Land Baden etwa 1½ Millionen Mark fallen und betonte, daß gerade diese Gelder außerordentlich befruchtend auf die Bauwirtschaft gewirkt hätten. Seitens des Innenministeriums ist ein entsprechender Antrag bereits an das Reichsarbeitsministerium weitergeleitet worden mit den Zusatzanträgen des Zentrums, die die Gesamtmittel auf 200 Millionen erhöht haben wollen und die eine Herabsetzung der Mindesthöhe der Zustandhaltungskosten von 250.— auf 150.— Mark vorsehen. Hierzu teilt der Minister den Innern noch mit, daß durch die Reichsregierung der Betrag vermutlich auf 100.— Mark herabgesetzt werde. Ein Antrag der Sozialdemokratie mündlich, daß vor Gewährung von Zuschüssen aus Reichsmitteln der Hausbesitzer den Nachweis liefern soll, daß er auch in den letzten Jahren den Instandhaltungsbetrag aus dem Mieteneingang von 24 Prozent der Gesamtmietsumme auch wirklich für Instandsetzungen ausgegeben hat.

Nach einer längeren Aussprache, in der die Wirtschaftspartei, Zentrum, Sozialdemokraten das Wort ergreifen, einigte man sich schließlich dahin: Der volksparteiliche Antrag wird einstimmig angenommen mit den Zusatzanträgen des Zentrums, daß 1. der Gesamtbetrag der Reichsmittel auf 200 Millionen festgesetzt werden soll, 2. daß der Zuschußbetrag aus Reichsmitteln zu den Instandhaltungskosten in geeigneten Fällen über 20 Prozent hinaus erhöht werden kann, und daß 3. der Mindestbetrag der zu unterliegenden Instandhaltungskosten auf 100.— Mark herabgesetzt werden soll. Dagegen wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Im Anschluß daran wird ein weiterer Antrag der Sozialdemokratie behandelt, der in der Hauptsache sich dagegen wendet, daß bei der großen Not des Baugewerbes Gemeinden- und Staatsbauten entgegen den bestehenden Vorschriften nicht durch reguläre Handwerker, sondern durch fürsorgepflichtige Arbeiter und freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt werden. Der Minister weist darauf hin, daß die Vorschriften über fürsorgepflichtige Arbeiter und den freiwilligen Arbeitsdienst ganz bestimmte Arbeiten für diese Zwecke vorbehalten, und daß ihm in Baden keine Fälle bekannt seien, in denen man diese Grenze überschritten habe. Die von den Antragstellern angegebenen Fälle seien nicht in Baden erfolgt und entzögen sich deshalb der Beurteilung durch die Regierung. Die Not des Baugewerbes wird hier ganz besonders durch einen Redner des Zentrums unterstrichen, der darlegt, daß die Gesamtschuldsumme im Baugewerbe in den letzten vier Jahren von etwa 4 Milliarden auf etwa 800 Millionen zurückgegangen ist.

# Die Auswirkung der Amnestie in Baden.

### 706 Verurteilte freigegeben. 221 anhängige Verfahren niedergeschlagen.

Eine vorläufige Zählung gestattet, über den Vollzug des Gesetzes über Straffreiheit vom 20. Dezember 1932 einige Zahlen bekanntzugeben. Die Zählung erstreckt sich aber nur auf Straftaten aus politischen Bewegungen und den aus Anlaß wirtschaftspolitischer Kämpfe; noch nicht feststellbar sind, da noch nicht alle Akten durchgesehen werden konnten, die Zahlen für die Straftaten aus wirtschaftlicher Not; sie müssen einer späteren Veröffentlichung vorbehalten bleiben. Wie bekannt, umfaßt die Straffreiheit bei Straftaten, die aus politischen Bewegungen oder aus Anlaß wirtschaftspolitischer Kämpfe benagen sind, einmal den Nachlaß von rechtskräftig erkannten, ganz oder teilweise noch nicht vollstreckten Geldstrafen und Freiheitsstrafen bis zur Höchstgrenze von fünf Jahren und sodann die Niederschlagung noch anhängiger Verfahren, wenn keine höheren als die genannten Strafen zu erwarten gewesen wären. Rechtskräftig erkannte Strafen wurden nachgelassen auf Gunsten von 706 Verurteilten. Die Verurteilungen waren erfolgt gegen 350 Personen wegen Widerstands, Körperverletzung und anderen Gewalttätigkeiten, gegen 102 Personen wegen Verleumdung, gegen 182 Personen wegen Zuwiderhandlung gegen Demonstrationsverbote und Ähnl.; die restlichen Verurteilungen betrafen Sachbeschädigungen (87), Aufforderungen zu strafbaren Handlungen (14) und Wahlfälschung (11). Der Betrag der erlassenen Geldstrafen beläuft sich auf rund 21 000 RM;

Freiheitsstrafen in einer Gesamtsumme von rund 90 Jahren bleiben ganz oder teilweise unvollstreckt. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß von den 706 Verurteilten 264 Verurteilten schon vor der Amnestie durch Einzelanbenerweise Strafaufschub oder Straurlaub auf Wohlverhalten bewilligt worden war.

221 noch anhängige Strafverfahren wegen vor dem 1. Dezember v. J. aus politischen Bewegungen oder aus Anlaß wirtschaftspolitischer Kämpfe begangener Taten sind durch die Amnestie niedergeschlagen. Nur fast geleg waren den Beschuldigten in 133 Fällen Körperverletzung, Widerstand und andere Gewalttätigkeiten, in 88 Fällen Verleumdung, in 23 Fällen Zuwiderhandlungen gegen Demonstrationsverbote und Ähnl., in 13 Fällen Sachbeschädigung und Ähnl., in 8 Fällen Aufforderungen zu strafbaren Handlungen, in 1 Fall Meineid.

Das ist nur ein Teilergebnis, es zeigt aber, einen wie tiefen Einriß in die Rechtspflege das Gesetz über Straffreiheit vom 20. Dezember 1932 darstellt, und es erscheint angebracht, daran den Wunsch zu knüpfen, es möge die Hoffnung, daß dieser weitreichende Gnadenakt zu einer Verhütung unseres Volkes führe, nicht zu schanden werden. Nur wenn sich das erfüllt, können die Bedenken, die vom Standpunkt der Rechtspflege gegen die Maßnahme zu erheben waren und von der badischen Regierung auch erhoben worden sind, unbekümmert ihrer Berechtigung zurückgestellt werden.

## Ein tragischer Vorfall.

(.) Emmendingen, 16. Jan. In der Volksschule hat sich ein tragischer Vorfall ereignet. Oberlehrer Schäfer traf den zehnjährigen Sohn des Arbeiters Mathias Krämer. Gleich darauf fiel der Knabe um und starb kurz darauf. Es stellte sich dann heraus, daß der Knabe beim Schlitzen gestürzt war und sich dabei wahrscheinlich einen Bluterguß ins Hirn zugezogen hatte. Durch den von dem Lehrer angeführten Schlag kann der Bluterguß kaum herbeigeführt worden sein. Die Leiche des Knaben wurde zur Untersuchung in die Freiburger Universitätsklinik verbracht.

## Ein großer Bauernhof abgebrannt.

Insgesamt etwa 76 000 M. Schaden. — (.) Talhöfe (bei Waldsuhl), 16. Jan. In der Scheune des dem Landwirt Freiler gehörigen großen Bauernhofes brach Feuer aus, wodurch das massive 200 Jahre alte Gebäude auf die Grundmauern niederlag. 27 Doppelzentner verandertene Weizen sind mit verbrannt. Das Vieh sowie einlaes Hausgerät konnte gerettet werden. Der Gebäudeschaden beträgt 36 000 RM., der Fahrnischaden etwa 40 000 RM. Bei den Rettungsarbeiten wurde Frau Freiler erheblich am Arm verletzt.

## Schweres Autounglück.

Gegen einen Baum gerannt und verbrannt. — Freiburg, 16. Jan. Sonntag Abend fuhr ein Freiburger Personenkraftwagen bei Emmendingen infolge Äußerbruchs gegen einen Baum, wobei der Benzinbehälter in Brand geriet. Im Nu hand der Wagen in hellen Flammen. Der Führer, Kaufmann Ritter aus Freiburg erlitt einen Oberschenkelbruch und Kopfverletzungen und konnte sich nur dadurch dem sicheren Tode retten, daß er im letzten Augenblick mit dem untersten Bein die Waagentür aufstieß und sich aus dem Wagen hinausdrückte. Der Verletzte fand Aufnahme im Freiburger Doretto-Krankenhaus.

## Schon wieder ein Lebensmüder.

Auf den Gleisen tot aufgefunden. — Schutterwald (Amt Offenburg), 17. Jan. Montag wurde etwa 600 Meter oberhalb der Station Schutterwald in Richtung Offenburg die Leiche des bei einem hiesigen Badermeister im Dienst stehenden Knechts Lorenz Stoll von Zuzenhausen (Amt Detsch) auf den Gleisen tot aufgefunden. Stoll war seit kurzem verlobt und stand im Alter von 23 Jahren. Er ließ sich vom Bau überfahren lassen. Die Gründe, die ihn zu dieser Tat getrieben haben, sind noch unklar.

## Kleine Rundschau.

— Forbach (Murgtal), 16. Jan. (Lom elektrischen Strom geblieben.) Bei Reinigungsarbeiten wurde der 20 Jahre alte Josef Braun vom elektrischen Strom tödlich getroffen.

— Bergshaupten, 17. Jan. (Diamantene Hochzeit.) In den letzten Tagen konnten die Eheleute Vinzenz Kallenbach und Alois, geb. Wäcker, auf der Heiligenreute das Fest ihrer diamantenen Hochzeit feiern. Körperliche Schwächen machten es dem Jubilar unmöglich, sein Land zu verlassen. Sein Augenlicht ist gänzlich erloschen und sein Gehör so schwach geworden, daß die Außenwelt nur noch wie von weiter Ferne an ihn herantritt. Frau Kallenbach erfreut sich trotz ihres Alters von 86 Jahren guter Gesundheit und geistiger Regiamentei.

— Giesental, 16. Jan. (Goldene Hochzeit.) Am Mittwoch, den 18. Januar, feiern die Eheleute August Stöckl, Landwirt, das Fest der goldenen Hochzeit. Der Mann steht im 77., die Frau im 70. Lebensjahr. Beide erfreuen sich noch einer beneidenswerten Mäßigkeit. — Am gleichen Tage begeht Frau Harbrich, Mutter des Reichstages, ihren 75. Geburtstag. Ihre körperliche und geistige Frische ist bewundernswert. Sie gilt im landwirtschaftlichen Betrieb immer noch als volle Arbeitskraft.

— Weinheim, 14. Jan. (Süddeutsches Marine-treffen.) Der Marinerevier Weinheim begeht im Mai sein 20jähriges Stiftungsfest, verbunden mit Fahnenweihe. Aus diesem Anlaß werden sich die ehemaligen Angehörigen der deutschen Marine zu einer großen Gedenkfeier in Weinheim versammeln. Außerdem ist eine Gantagung des Gauvereins Baden vorgesehen, an der voraussichtlich auch der Bundesvorsitzende, Vizadmiral Müller, teilnehmen wird.

— Bruchsal, 15. Jan. (Der bürgerliche Sängerverein) hier kann in diesem Jahre seinen 100. Gründungstag feiern. Er war der erste, der damals in Oberbaden noch unbekanntem vierhundertmännigen Männergesangsvereine. Während der Festtage Anfang Juli wird in Verbindung mit dem 50jährigen Bestehen des Obermarktaler Sängergaus ein internationaler Sängertag stattfinden.

## Ein Vorkämpfer für die Maxauer Brücke.

Justizoberinspektor Kolbenbach 50 Jahre alt. — (.) Landau, 16. Jan. Justizoberinspektor Hermann Kolbenbach feierte gestern seinen 50. Geburtstag und zugleich sein 35jähriges Jubiläum als Justizbeamter im Gerichtsbezirk Landau und Landau. Er hat als einer der ersten vor etwa 10 Jahren in der Presse den Kampf um die Maxauer Brücke eröffnet. Er ist besonders originell war die Kundgebung, die auf dem Bahnhöf in Würth veranstaltete, als der Bayerische Landtag auf seiner Palastfahrt die Rückfahrt nach München wieder betreten wollte. Neben tiefen damals über den Bahnhöf und trugen Aufschriften, die sehr aber überzeugend die unhaltbaren Zustände an der Maxauer Schiffbrücke kennzeichneten.

# Karlsruher Arbeitsbeschaffungsprogramm vom Bürgerausschuß genehmigt. / Eine große Finanzrede des Oberbürgermeisters.

4 Millionen Schulden zurückbezahlt. / Hoher Einlagenüberschuß der Sparkasse.  
Einstimmige Annahme der Vorlagen über Maxaubrücke, Stichkanal, Markthalle, Bulacher Wasserleitung und Straßenbauten.  
Große Mehrheit für Aufhebung der Milchzentrale.

Unser Wunsch von gestern ist in Erfüllung gegangen: in einer relativ kurzen und ruhigen Sitzung hat der Bürgerausschuß das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadt und die Vorlagen des Stadtrats genehmigt und damit den Weg geebnet, auf dem Reich, Land und Stadt wenigstens einen Teil der großen Arbeitslosigkeit in Karlsruhe lindern und ein paar hundert Arbeitern auf Jahre hinaus Beschäftigung, Tugenden von Unternehmern Aufträge geben wollen.

Die ganze Sitzung trug, von wenigen, rasch unterbundenen Zwischenfällen abgesehen, den rein formalen Charakter, wie ihn die Bürgerausschusssitzungen im Lauf der letzten Zeit angenommen haben. Nachdem der Stadtrat einstimmig das Programm genehmigt hatte, mußten ja auch die Bürgerausschusstraktionen zustimmen; sie taten dies mit mehr oder weniger langer Begründung eines der Frühen. Nur im Falle der Aufhebung der Milchzentrale kam es zu längerer Debatte; hier schieden sich die Geister. Die Mehrheit des Hauses stimmte zu, die Sozialdemokraten und Kommunisten waren dagegen.

Den Höhepunkt der Sitzung bildete die große Finanzrede des Oberbürgermeisters, der noch einmal vor dem Forum des Bürgerausschusses darlegte, was wir schon in unserem Neujahrswort mitteilen konnten: daß sich dank sparsamer Wirtschaftsführung die Finanzlage der Stadt soweit gebessert hat, daß heute ein positives Arbeitsprogramm in Angriff genommen werden kann.

Das Programm ist nun beschlossen und genehmigt. Es bleibt jetzt nur noch zu wünschen, daß es so bald wie möglich in Angriff genommen werden kann.

Die Sitzung wurde vor überfüllten Tribünen und fast vollständig erschienenem (104 anwesend) Plenum kurz nach 4 Uhr vom Oberbürgermeister eröffnet. Gleich zu Beginn verlas die Kommunität die Wiederwahlbeschlüsse in der letzten Sitzung wegen Durchführung auszuführender Stadtrats Bauern zu erledigen. Der Stadtrat hat das schon früher abgelehnt. Zu der ersten auf der Tagesordnung stehenden Vorlage,

**Aufhebung der städtischen Milchzentrale.**  
bemerkte als Vertreter des Stadtratsverordneter-Verbandes Stadtr. Schneider, daß dieser der Verwirklichung dieses Milchbetriebes zugewandt habe. Das starke Angebot an Milch und ihrer Produkte habe in den letzten Jahren auch die Arbeit der Zentrale unrentabel gemacht; ein Anstieg des Milchpreises sei bisher leider bei den Milchzentralen nicht eingetreten; die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis sei zu hoch. Man müsse versuchen, eine Verbesserung zu erreichen.

Bürgermeister Schneider gibt Erläuterungen zu dem neuen Vertrag, dessen § 7 die Rechte der heimischen Molkereien schließt. Dieser Paragraph verleiht seine Entstehung lediglich einer Sicherung der Zukunft dieser Privat-Produzenten, da künftig die Milchzentrale für die Preise und Mengen bestimmt, woraus sich für die kleineren städtischen Milchzeuger Schwierigkeiten ergeben könnten. Durch den § 7 haben sie erlangt das Meistbegünstigungsrecht, es müssen also die bisherigen Lieferanten der städtischen Zentrale ebenso behandelt werden wie die der Lauterbergzentrale, und sie erhalten zweitens einen Preisvorteil, da ihre gekauften Milch als Frischmilch zu bezahlen ist. Dagegen hat die Lauterbergzentrale die Gegenmaßnahmen ergriffen, daß keine Steigerung der Milchpreise durch hohen Produktion stattfinden darf.

Stadträtin Geisler (S.) begrüßt einige Vorträge des Vertrages, vor allem, daß die Preisbestimmung durch einen gemischtwirtschaftlichen Ausschuss erfolgen wird. Die Versorgung der Stadt mit guter Milch in ausreichendem Maße sei gesichert. Eine Senkung des Milchpreises sei dringend zu fordern. — Stadtr. Vertick (Ev. Volksdienst) stimmt der Vorlage zu, bedauert aber ebenfalls den zu hohen Milchpreis, der es den Armen unmöglich mache, ihren Kindern Milch zu geben. — Stadtr. Kehler (Staatsp.) wies auf die Gefahren einer Monopolisierung der Milchwirtschaft hin. Er bedauerte ferner, daß der Vertrag (§ 7) geschlossen worden sei, ohne die kleinen Milchzeuger gehört zu haben. Es scheint, auf Grund des Reichsmilchgesetzes, Milch zu kommen, was böse Folgen haben könne. — Bürgermeister Schneider betonte, daß der Stadtrat sich eben den planwirtschaftlichen Gesetzen habe anpassen müssen; der § 7 bringe den kleinen Milchzeugern nur Vorteile. — Stadtr. Mannschoff (NS) ist mit der Aufhebung der städtischen Zentrale einverstanden. Aber eines Tages werde doch die freie Wirtschaft wieder zum Durchbruch kommen. — vor allem im Interesse der Konsumenten. Der Zusammenschluß bringe Monopol und Zwangs-wirtschaftscharakter mit sich. Auch sei der Preis und der Fettgehalt der Milch zu kritisieren. Die Milchzentrale sei kein Aufschubbetrieb, ihre Verdienste um die Karlsruher Milchversorgung dürfe man nicht vergessen. Den Angehörigen der Milchzentrale müsse abgeholfen werden. Seine Partei lehne die Vorlage ab, solange zumindest eine Beteiligung der Stadt an der Lauterbergzentrale. — Stadtr. Hofmann

(NSD) spricht im Zusammenhang mit dem Reichsmilchwirtschaftsgesetz über verschiedene politische Probleme und gerät dabei mehrfach mit den Nationalsozialisten in Redekonflikte. — Stadtr. Gäßinger (NSD) kritisiert die städtische Milchzentrale. Er verteidigt lebhaft die Pasteurisierung.

In einer kurzen Zwischenbemerkung beschloß der Stadtrat, entgegen sozialdemokratischen Änderungsanträgen, die Vorlage unverändert aufrecht zu erhalten.

Bürgermeister Schneider wies in seinem Schlusswort nochmals darauf hin, daß der Stadtratsbeschluss eine zwanagsläufige Folge der Reichs- und Landesgesetzgebung sei. Die städ-

tische Milchzentrale habe sich in schweren Zeiten gut bewährt, sie sei mit einem Grundkapital von 80 000 Mark gegründet worden und habe davon 80 000 Mark zurückbezahlt. Wenn die städtische Zentrale später mit der Lauterbergzentrale nicht mehr ganz zusammenarbeiten sollte, so habe dies in dem weitläufigen Betätigungsfeld der Lauterbergzentrale keine Ursache gehabt. Was die Wünsche nach Aufrechterhaltung einer parlamentarischen Kontrolle über die Milchversorgung anbelange, so müsse er feststellen, daß seinerzeit die städtische Milchzentrale eine Notwendigkeit gewesen sei, daß sie heute aber geradezu ein Hindernis sei für die Bemühungen der Stadt um Milchpreisermäßigung. Er dankte zum Schluss allen Beamten und Angestellten der Zentrale.

Mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde die Aufhebung der städtischen Milchzentrale angenommen.

Nachdem einige kommunistische Agitationsanträge, die nicht zur Zuständigkeit des Bürgerausschusses gehören und deshalb nicht behandelt werden können, vom Vorsitzenden verlesen worden sind, wird in die gemeinsame Beratung der vier Vorlagen, die zum

**Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadt Karlsruhe** gehören, eingetreten. Vor Beginn der Debatte ergreift Oberbürgermeister Dr. Winter das Wort zu einer Rede über

## die Finanzlage Karlsruhes und das Arbeitsbeschaffungsprogramm

wobei er u. a. ausführte:  
Diese vier Vorlagen des Stadtrats, die jetzt zur Beratung stehen, sind der Öffentlichkeit aus den ihnen mitgegebenen Begründungen eingehend bekannt, so daß es sich erübrigt, nochmals näher auf sie einzugehen. Die Notwendigkeit einer Verbreiterung des Stichkanals ist allen, die den Aufstieg unseres Karlsruher Abwassers verfolgt haben, klar. Sie wird unterstützt durch eine ganz neue Tatsache:

am Montag sind im Rheinhafen vierundsechzig Schiffe angekommen, eine bisher noch nicht erreichte Zahl, die einen neuen Rekord für den Karlsruher Rheinhafen darstellt.

Wir hoffen, daß auch diese Rekordzahl bald noch übertroffen werden wird, besonders wenn, eben durch die Verbreiterung des Stichkanals, die Vorbedingungen im Karlsruher Hafen für die Schifffahrt noch günstiger gestaltet sein werden. Von der Errichtung der Maxaubrücke ver sprechen sich viele Kreise des Karlsruher Handels und der Industrie eine nicht unbedeutende Geschäftsbelebung für unsere Stadt, so daß es sich rechtfertigt, wenn die Stadt Karlsruhe sich mit einem Aufwand an dem Bau dieser Brücke beteiligt, der auf den ersten Blick vielleicht etwas hoch erscheinen mag, der aber das Seine dazu beitragen wird, daß, wenn erst einmal die Vorarbeiten für die Brücke im Gange sind, das Erwerbsspiel, wie man dieses heiligen um die Maxaubrücke nennen muß, aufhören wird und die dringend notwendige Brücke auch erstellt werden wird. Alle diese Arbeiten sind selbstverständlich nicht aus der Kraft einer einzelnen Stadt heraus durchzuführen, sie sind nur möglich im Rahmen des großen Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reiches, dessen Beteiligung an ihnen teils schon feststeht, teils noch zu erwarten ist. Die jüngsten Verhandlungen mit Berlin haben die erfreuliche Tatsache ergeben, daß es uns wahrscheinlich gelingen wird, die Arbeiten zur Verbreiterung des Stichkanals als Notstandsarbeiten anerkannt und finanziert zu bekommen, so daß dann wieder Platz wird für die beiden kleineren Arbeiten, der Erstellung der Markthalle und der Schaffung der Wasserleitung für Bulach im Rahmen des Karlsruher Anteils im Gesamtsprogramm. Auch die Verhandlungen in der Frage der Maxaubrücke, die mit Berlin noch geführt werden, stehen, wie uns mitgeteilt wurde, durchaus günstig, so daß die Voraussetzungen für die Vorlage des Gesamtprogramms an den Bürgerausschuß gegeben scheinen. Bevor wir aber mit der Beratung selbst beginnen, möchte ich doch noch dem Bürgerausschuß und der gesamten Öffentlichkeit einen Einblick vermitteln in

die derzeitige Finanzlage der Stadt, die erst die Finanzreform eines solchen Programms rechtfertigt. Vor nunmehr 1 1/2 Jahren, als das deutsche Kreditwesen zusammenbrach, und auch noch vor einem Jahre hätte ich es nicht

verantworten können, Ihnen solche Projekte zu unterbreiten, weil die Finanzlage unserer Stadt es verbot. Auch Karlsruhe war damals infolge seiner kurzfristigen Verschuldung und der Verunsicherung der Gläubiger einerseits sowie des völligen Stodens der Einkünfte andererseits erheblich von dem finanziellen Zusammenbruch betroffen, keine Kasse war in Unordnung gebracht. Heute aber glaube ich, daß diese Schwierigkeiten überwunden sind. Die Wirtschaft unserer Stadt war widerstandsfähiger als die vieler anderer großer Städte, denn wir hatten das Jahr 1931 noch mit einem kleinen Ueberschuß abgeschlossen, während viele andere Städte damals schon Willensdefizite aufwiesen. Defizite aus früheren Jahren sind heute bei uns nicht mehr vorhanden und auch der bisherige Verlauf des Rechnungsjahres 1932/33 berechtigt mich zu der Annahme, daß der Voranschlag nicht wesentlich erschüttert werden wird. Budgetmäßig können wir uns also sehen lassen. Aber auch die Kassenlage der Stadt hat sich erheblich gebessert, vor allem dank der regelmäßigen Steuererträge. Ich muß es hier öffentlich aussprechen und vermerken,

wie reichlich die Karlsruher Bevölkerung bemüht ist, in dieser schweren Zeit ihren steuerlichen Verpflichtungen gegenüber ihrer Heimatstadt nachzukommen.

Wir sind dadurch in die Lage gekommen, allen unseren laufenden Verpflichtungen nachzukommen, den Zinsen- und auch den Tilgungsausgaben rechtzeitig wieder anzuschreiben und durchzuführen, Teile unserer Schulden abzubezahlen und dadurch unsere Gläubiger wieder zu beruhigen. Es ist sicher ein gutes Zeichen für unsere Stadt, daß wir in den verflochtenen zwei Jahren nicht weniger als vier Millionen Schulden abbezahlt haben. In diesem Zusammenhang muß ich auch auf die Lage der städtischen Sparkasse zu sprechen kommen. Sie war nach der großen Krise lange Zeit notleidend, jetzt aber ist das Vertrauen zu ihr wieder völlig hergestellt,

die Sparkasse hat in der kurzen Zeit vom 1. bis 16. Januar einen Einlagenüberschuß von 320 000 Mark zu verzeichnen.

während noch in der gleichen Zeit des Vorjahres 468 000 Mark mehr abgehoben als eingezahlt wurden. Das ist ein gutes Zeichen. Wir haben heute wieder festen Boden unter den Füßen, das berechtigt uns, einen Schritt in die Zukunft zu tun. Daß dies mit Vorsicht geschieht, ist selbstverständlich, diese Vorsicht ist auch in allen Vorlagen gewahrt. Die Leistungen der Stadt aus diesen Vorlagen werden nicht höher sein, als die im letzten Jahr in dem Voranschlag für Arbeitsbeschaffung vorgezeichneten Summen, sie werden zum Teil ausserordentlich durch eine entsprechende Verringerung der Rückstellungen, und auch die Zinsen der zu diesen Zwecken aufzunehmenden Anleihen werden nicht höher sein als die Zinsparnisse, die sich aus der inzwischen vorgenommenen Tilgung unserer Schulden ergeben. Dafür werden diese werkschaffenden Arbeiten

auf die Dauer auch noch ihre Zinsen tragen. Ein Wagnis ist und bleibt ein Schritt in die Zukunft heute immer, weil eben die Zukunft mit einem dunklen Schleier vor uns verborgen ist. Aber

wir wagen diesen Schritt, weil eben durch ihn die Möglichkeit besteht, einem Teil derer zu helfen, denen heute die Wohltat gedrohter und den Unterhalt ihrer Familie sichern der Arbeit genommen ist.

Ueber diesem Programm steht mit großen Worten: Arbeit schaffen! Und wir treten mit ihm bewußt in die Reihen der, die wieder für den deutschen Menschen Arbeit schaffen wollen. Möge dieses Programm uns zu dem Erfolg führen, daß wir mit ihm ein wenig dazu beitragen, die Wirtschaft anzufurbeln und wieder besseren Zeiten entgegen zu gehen. (Beifall.)

Stadtratsverordneter Hofmann stellt fest, daß alle diese Vorlagen, besonders durch Bevorzugung der Handarbeit, geeignet seien, wieder viele in den Arbeitsprozess einzuschalten. Sie seien vom Stadtrat einstimmig genehmigt worden, er hoffe daselbe vom Bürgerausschuß. — Stadtr. Armbrust (S.) hat um Berücksichtigung des Karlsruher Handwerks bei diesem Arbeitsprogramm. — Stadtr. Schneider erklärt die Zustimmung des Plenums an den Vorlagen. — Stadtr. Schulenburg (NSD) bedauert die Widerstände Banerns und stellt fest, daß die badische Regierung und die Karlsruher Stadtverwaltung alles getan haben, um den Maxaubrückenbau in Gang zu bringen. Er sprach seine Genugtuung über das Arbeitsprogramm aus und gab noch einige weitere Anregungen. — Stadtr. Stäbel (NS) sprach der Stadtverwaltung Dank und Anerkennung aus. Es sei heute das wichtigste, Arbeit zu schaffen. Gegenüber Anträgen des Sozialdemokraten Schulenburg verteidigt er den freiwilligen Arbeitsdienst. (Es kommt zu wütenden Zwischenbemerkungen der Kommunisten). — Stadtr. Lang bringt die Zustimmung der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zum Ausdruck. Er hat eine Kundgebung in Karlsruhe für den Bau der Maxaubrücke an. Er spricht ferner die Bitte aus, auch möglichst viele Unternehmer zu beschäftigen und die Arbeiten am Plage zu lassen. — Stadtr. Appeler (NSD) stellt fest, daß auch seine Fraktion den Vorlagen zustimmt, daß es sich aber nur um Notbehelfe handle. Als er eine Propagandarede für Ausland hatten will, kommt es zu lärmenden Zwischenrufen der Nationalsozialisten, bis der Oberbürgermeister zur Ruhe mahnt.)

Die gesamten Vorlagen wurden hierauf einstimmig angenommen!

### Karlsruher Künstler im Rundfunk.

Am Freitag, 20. Januar, veranstalteten die zwei Karlsruher Künstler Kammermusik Wilhelm Grabert (Klavier) und Friedr. Grabert (Dobc) im Südwest ein Konzert, betitelt: „Zwei Dobc-Sonaten“. Zur Aufführung gelangten eine Kammerfonate des Altmeisters G. F. Händel und eine Sonate neueren Stils von Gustav Schred. Die zwei Dobc-Sonaten kommen von 10.10 bis 10.50 zur Sendung.

Vier von Ruth Porits-Karlsruhe werden Samstag, den 21. Januar, früh 10.10 Uhr, von Stuttgart in einer „Stunde des Liedes“ in der Wiedergabe der Konzertliedern Martha Schuler-Stuttgart aufsendet. Dieser Erfolg unserer einheimischen Komponistin verdient auch deshalb anerkennende Erwähnung für die zahlreichen Freunde ihrer tief empfundenen Liedgedichten, die sie sich auch außerhalb mit ihrer Kunst bereits errungen hat, weil in dem Aufzug von sieben Liedern die Vertonung eines Gedichtes der Karlsruher Maler-Dichterin Martha Kroy „Blau des Mondes“ heider Tag“ einbehalten ist.

### Aus Beruf und Familie.

Seinen 70. Geburtstag feiert am 20. Januar in guter geistiger und körperlicher Frische Privatmann David Waerther, hier, wohnhaft Kaiserstraße 223.

Im Landesstheater fand am Montagabend statt des ansehnlichen Lustspiels „Freie Bahn dem Lütkens“ die Aufführung der Ludwigs-Comödiendirektion statt, da der Hauptdarsteller, Staatschauspieler U. v. d. Trend, durch den jähen Tod seiner Gattin, infolge Gehirn-Lähmung, am Auftreten verhindert war. Dem bewährten und beliebten Künstler wendet sich zu seinem herben Verlust die allgemeine herzliche Teilnahme zu.

## Filme in Karlsruhe.



Max Hansen und Marita Eggert in der ganz reizenden musikalischen Komödie „Der Frauendiplomat“, die zusammen mit dem bereits von uns besprochenen Film „Der Champ“, zurzeit Schauburg, deren Programm ein ganz großer Erfolg ist, läuft. Donnerstag letzter Tag.



Marlene Dietrich als „Blonde Venus“ in dem mit größtem Erfolg zurzeit in den Residenz-Lichtspielen laufenden gleichnamigen Paramountfilm.

